

## Information für die Presse

### SPD-Fraktion im Bad Homburger Stadtparlament

Ansprechpartner: Waldemar Schütze, An der Flurscheid 11, 61352 Bad Homburg  
Telefon 06172/456427, Mobil 0171 3675260

Bad Homburg, 19. März 2009

### **Finanzausschuss diskutiert über Konjunkturprogramm Bund und Land SPD: Forderung nach Neubau für den Standort der Feuerwache Ober-Erlenbach durchgesetzt!**

„Bei der Diskussion um das Konjunkturprogramm des Bundes und des Landes hat sich die SPD mit ihrer Forderung nach Aufnahme des Neubaus des Standortes der Feuerwache Ober-Erlenbach in den Maßnahmenkatalog der Stadt Bad Homburg durchgesetzt,“ so Waldemar Schütze, Fraktionsvorsitzender der SPD nach der Finanzausschuss-Sitzung am gestrigen Mittwoch. „Auch für die Forderung nach Aufnahme des Standortes Feuerwache Ober-Eschbach als Forderung des Ortsbeirates in den Maßnahmenkatalog konnten wir uns nach langer Gegenwehr der CDU/FDP-Koalition durchsetzen. Demnach wird der Maßnahmenkatalog nun folgende Projekte beinhalten:

- Vereinsräume-/Funktionsgebäude Sportstätte Sandelmühle, Albin-Göhring-Halle
- durch Initiative der SPD auch Neubau des Standortes Feuerwache Ober-Erlenbach und der Feuerwehr-Standort Ober-Eschbach“
- Kelkheimer Straße zwischen Gluckensteinweg und Fischbacher Straße
- Hofheimer Straße zwischen Gluckensteinweg und Oberste Gärten
- Ober-Eschbacher Straße
- Mariannenweg
- Philosophenweg
- Haingasse und Höhestraße ( zwischen Haingasse und Obergasse )
- Oberer Reisberg – diese Forderung des Ortsbeirates wurde durch die SPD unterstützt.

Auf der Tagesordnung stand auch der Antrag der SPD, ( der in der Stadtverordneten-Versammlung am 05. März 2009 nicht behandelt werden konnte ), die Aufforderung an die Oberbürgermeisterin, gegen die Steuerforderung der Hessischen Landesregierung Klage zu erheben, um den Eingriff in die Kommunale Selbstverwaltung abzuwehren. Danach hatte die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Jungherr in einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 26. Februar 2009 erklärt, dass sie in dieser Angelegenheit abwarten will, während ihre Kollegin, die Oberbürgermeisterin von Frankfurt/Main, Petra Roth, mit anderen Kommunen wie z.B. Eschborn bereits handelt und Klage erheben will.

„Offensichtlich haben die Oberbürgermeisterin und die CDU nach längerem Nachdenken eingesehen, dass es mehr bedarf, als nur abzuwarten und haben deshalb im Finanzausschuss einen Änderungsantrag eingebracht, der aber letztendlich, wie von der SPD gefordert, den Eingriff in die Kommunale Selbstverwaltung durch Klage abwehren will. Wenn es im Verhältnis von kommunalem Finanzausgleich zum Länderfinanzausgleich Diskrepanzen gibt, dann muss dies mit allen Kommunen einvernehmlich geregelt werden, statt einseitig in die Finanzhoheit der Kommunen einzugreifen.“

Auffallend ist, dass die Oberbürgermeisterin durch die bevorstehende Wahl offensichtlich „höhere Einsichten“, wie z.B. bei der Pestalozzi-Schule und anderen Maßnahmen erhält“, so Waldemar Schütze abschließend.